

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	11
I. Der vertragsrechtliche und institutionelle Rahmen europäischer Gesundheits- und Sozialpolitik	15
1. Von der Wirtschaftsgemeinschaft zur politischen Union	15
a) Ideengeschichtliche und politische Hintergründe der Integration	15
b) Die drei Säulen der EU als Basis einer künftigen Europäischen Verfassung	17
2. Die Organe der EU als Akteure der Gesundheits- und Sozialpolitik	21
a) Der Europäische Rat	24
b) Der Rat der EU (Ministerrat)	26
c) Die Europäische Kommission	30
d) Das Europäische Parlament	33
e) Das Gesetzgebungsverfahren in der EU	38
f) Der Europäische Gerichtshof	42
g) Der Europäische Rechnungshof	44
3. Sonstige gemeinschaftsrechtliche Institutionen und sozialrelevante Kompetenzstrukturen	45
a) Die „Beratenden Ausschüsse“ der EU	45
b) Die Europäische Zentralbank	46
c) Dezentrale Gemeinschaftseinrichtungen mit sozialen Funktionen	48
d) Die Finanzverfassung der EU	49
4. Der institutionelle Reformprozess der EU	54
a) Die EU als „Staatenverbund“	54
b) Von Maastricht nach Amsterdam: Neue Strukturprinzipien	56
c) Von Nizza zum Verfassungskonvent: Institutionelle Reformen und Erweiterung der EU	62
5. Das Gesundheits- und Sozialwesen in einer neuen europäischen Verfassungsarchitektur	67
a) Der EU-Konvent und der Europäische Verfassungsvertrag	67
b) Neujustierung der Zuständigkeits- und Gewaltenbalance	68
c) Ergänzungen der EU-Kompetenzen im Gesundheits- und Sozialsektor	70
d) Institutionelle und kompetenzielle Kernpunkte der künftigen EU-Verfassung	72
Literatur zu I.	75

	Seite
II. Die soziale Dimension des Integrationsprozesses	77
1. Die EU auf dem Weg zur Sozialunion	77
a) Gemeinschaftsrechtliche gesundheits- und sozialpolitische Kompetenzen	77
b) Der Europäische Sozialfonds	80
c) Elemente eines europäischen Sozialmodells	82
2. Sozialpolitische Konvergenzstrategien	86
a) Konvergenz als sozialpolitisches Leitbild	86
b) Die „Offene Methode der Koordinierung“ als „prozessgesteuerte Konvergenz“	91
c) Straffung („Streamlining“) der offenen Methode der Koordinierung unter Einbeziehung des Politikbereichs „Gesundheitswesen“	95
d) Die gesundheitspolitischen Perspektiven der EU	99
Literatur zu II.	110
III. Gesundheits- und sozialpolitische Strukturen der EU-Mitgliedstaaten	113
1. Typenvielfalt nationaler Sozialmodelle	113
a) Organisations- und Finanzierungsstruktur der sozialen Sicherungssysteme	113
b) Entwicklung der Leistungs- und Ausgabensektoren	118
2. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten im Vergleich	122
a) Absicherung von Krankheits-, Pflege- und Unfallrisiken	122
b) Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Erwerbsminderung	127
c) Vorsorge für Alter und Hinterbliebene	129
d) Mutterschafts- und Familienförderung	133
e) Hilfe in sozialen Notlagen	135
3. Wandlungsprozesse der nationalen Sozialsysteme im Kontext europäischer Konvergenz	139
a) Strukturelle Herausforderungen für die Sozialschutzsysteme	139
b) Problembewältigungsstrategien der EU-Staaten	142
c) Strukturmetamorphose der Gesundheitsversorgung in Europa	145
d) Das deutsche Gesundheitssystem im europäischen Effizienz- und Qualitätsmaßstab	159
Literatur zu III.	167
IV. Sozialrelevante Grundfreiheiten und Grundrechte im EU-Recht	169
1. Die gemeinschaftsrechtlichen Grundfreiheiten	169
a) Die Warenverkehrsfreiheit	170
b) Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit	175
c) Umfang der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	178
d) Koordinierungsregelungen für Heil-, Pflege- und Sozialberufe	181
e) Der freie Dienstleistungs- und Kapitalverkehr	183
2. Gemeinsame Verfassungsüberlieferungen und Grundrechtsverbürgungen	188
a) Universelle Freiheitsrechte und gesamteuropäischer Grundrechtsstandard	188

	Seite
b) Gewährleistung allgemeiner Rechtsstaatsprinzipien	190
3. Die EU-Grundrechtscharta und ihre soziale Bedeutung	194
a) Anwendungsbereich und Schutzzumfang der Grundrechtscharta	194
b) Soziale und wirtschaftliche Grundrechtskategorien der Charta	197
Literatur zu IV.	199
V. Normative Harmonisierungs- und Koordinierungsinstrumente der EU	201
1. Ziel- und Gestaltungsfunktion des EU-Sozialrechts für die europäische Gesundheits- und Sozialpolitik	201
a) Koordinierendes und harmonisierendes Sozialrecht im Primär- und Sekundärrecht der EU	201
b) Soziale Diskriminierungsverbote des Gemeinschaftsrechts	203
c) Gleichberechtigung von Mann und Frau in der sozialen Sicherheit	205
d) Das Verbot mittelbarer Diskriminierung	208
2. Koordinierungsregeln für die soziale Sicherheit	210
a) Instrumente und Grundsätze der Koordinierung	210
b) Persönlicher und sachlicher Geltungsbereich der Koordinierungsverordnungen	215
c) Die Verordnung 1408/71 als sozialleistungsrechtliches Koordinierungsinstrument	218
d) Die Neufassung der europäischen Koordinierungsregeln	222
3. Die grenzüberschreitende Inanspruchnahme und Erbringung von Gesundheitsleistungen	227
a) Der Grundkonflikt zwischen EU-Recht und nationalem Territorialitätsprinzip	227
b) Europäische Koordinierungsregeln für die grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen	228
c) Leistungsanspruchnahme und –erbringung aufgrund der gemeinschaftsrechtlichen Grundfreiheiten	232
d) Die Bedeutung des Sachleistungsprinzips für Genehmigungsvorbehalte	239
Literatur zu V.	243
VI. Das Europäische Wettbewerbsrecht als ordnungspolitischer Rahmen des Gesundheits- und Sozialwesens	245
1. Anforderungen des Europäischen Wettbewerbsrechts	245
a) Ausstrahlung des gemeinschaftsrechtlichen Wettbewerbsrechts auf die sozialen Sicherungssysteme	245
b) Die Entwicklung des funktionalen Unternehmensbegriffs in der EuGH-Rechtsprechung	247
2. Die wettbewerbsrechtliche Einordnung der Sozialver- sicherungsträger bei sozialer Zweckerfüllung	249
a) Die Anerkennung des Sozialversicherungsmonopols bei sozialer Zweckerfüllung	249
b) Abgrenzung zu wirtschaftlicher Tätigkeit von Sozialversicherungsträgern	251

	Seite
3. Die Stellung der Zusatzversicherungssysteme, berufsständischer Versorgungen und privater Leistungsmittler	254
a) Die Einordnung von Zusatzversicherungen	254
b) Intermediäre Versicherungseinrichtungen in funktionaler Abgrenzung zur Privatversicherung	256
c) Wettbewerbsrechtliche Auswirkungen auf berufsständische Versorgungseinrichtungen	257
d) Wettbewerbsprivilegierende soziale Aufgabenerfüllung durch private Leistungsträger	260
Literatur zu VI.	264
VII. Auswirkungen der Europäisierung und Gestaltungsoptionen für das deutsche Gesundheits- und Sozialsystem	265
1. Gemeinschaftsrechtliche Auswirkungen auf das nationale Leistungsrecht und die Rechtsstellung der Leistungsträger im sozialen Sicherungssystem	265
a) Rechtsfolgen für das Leistungsrecht des Sozial- und Gesundheitswesens	265
b) Die künftige Rechtsstellung der Sozialversicherungsträger im Binnenmarkt	269
2. Privatversicherungen und Freie Träger im europäischen Binnenmarkt	273
a) Die Rechtsstellung der Privatversicherung in europarechtlicher Perspektive	273
b) Das Verhältnis von Beihilfeprivileg und Gemeinwohllegitimation der Wohlfahrtsverbände	277
3. Die Organisation der Leistungserbringung unter europarechtlichen Rahmenbedingungen	284
a) Kollektivvertragliche Leistungserbringung auf dem Prüfstand des europäischen Freizügigkeits- und Wettbewerbsrechts	284
b) Kooperations- und Wettbewerbsformen bei transnationaler Leistungserbringung	291
c) Prognostische Entwicklung grenzüberschreitenden Leistungs- erbringungs- und Inanspruchnahmeverhaltens	293
Literatur zu VII.	296
VIII. Die Zukunft der Berufe des Gesundheits- und Sozialwesens und ihrer Selbstverwaltung im erweiterten Europa	299
1. Das EU-Recht als Ordnungsrahmen für Berufsrecht und Selbstverwaltung der Heil- und Sozialberufe	299
a) Die europarechtliche Präformierung der Berufsqualifikation, Niederlassung und Berufsausübung	299
b) Die Stellung freiberuflicher Selbstverwaltungsorganisationen in der europäischen Rechtsordnung	307
2. Die Freien Berufe zwischen marktförmiger Deregulierung und daseinsvorsorgender Gemeinwohlfunktion	312
a) Auswirkungen der Deregulierung auf die Freien Berufe und ihre Selbstverwaltung	312

	Seite
b) Die Bedeutung der Dienstleistungsrichtlinie für grenzüberschreitende Erbringung gesundheitlicher und sozialer Dienstleistungen	318
c) Gesundheitswesen und freiberufliche Selbstverwaltung als gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge	325
3. Die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die mitgliedstaatlichen Gesundheits- und Sozialsysteme	329
a) Die Gesundheits- und Sozialsysteme der Beitrittsländer im Übergangsprozess	329
b) Der Strukturwandel des Gesundheitswesens in den neuen EU-Staaten	335
c) Perspektiven der Migration von Patienten und Heilberufangehörigen	339
d) Europakompatible Reformoptionen für die Versorgungssysteme in den Beitrittsländern	345
Literatur zu VIII.	349
Übersicht: Ausgewählte Quellen betreffend Ziele, Instrumente und Rechtsgrundlagen der Gesundheits- und Sozialpolitik der Europäischen Union	351
1. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen im EG-Vertrag (i. d. F. des Vertrages von Nizza)	351
2. Sozialrelevante Grundfreiheiten im EU-Recht	352
3. Soziale Sicherheit	354
4. Gesundheitspolitik	354
Zusammenfassung	357
Summary	373
Veröffentlichungen des Instituts der Deutschen Zahnärzte	387